



Protokoll Nr. 11

Sitzung von Donnerstag, 4. März 1999, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident: Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold
Raymond Anliker
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Peter Bühler
Michael Burri
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Ueli Haudenschild
Ursula Hirt
Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi

Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Kurt Mäusli
Elsi Meyer
Christoph Müller
Edith Olibet
Rosmarie Okle Zimmermann
Bernhard Pulver
Ruth Rauch
Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüegsegger
Erich Ryter

Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Sylvia Spring Hunziker
Ernst Stauffer
Michael Straub
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Margrith Thomet
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Thomas Balmer
Arnold Bertschy
Konrad Bossart
Walter Christen

Heinz Junker
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik

Barbara Mühlheim
Christoph Stalder

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

7 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL, EVP/LdU (Maria Regli Schmucki, GB / Michael Burri, GFL / Ursula Rudin-Vonwil, LdU): Neue Rahmenbedingungen für die freiwillige und "ehrenamtliche" Arbeit in der Stadt Bern

Antrag Nr. 293

Die Zeiten ändern sich. *Traditionelle Formen* des selbstverständlichen, selbstlosen und unbezahlten Engagements schwinden. Die Bedeutung von Geld, Lohnarbeit und Qualifikation, der erweiterte Zugang von Frauen zur Berufswelt und die Veränderung traditioneller Bindungen, in denen der spontane freiwillige Einsatz ein Teil des Ganzen war (Familie, Dorf) sind Faktoren, die dazu beitragen, dass freiwilliges und "ehrenamtliches" Engagement *neue Formen, Strukturen und Rahmenbedingungen* braucht. In der Stadt Bern sind 1997 allein im Gesundheits- und Sozialbereich über 460 000 Einsatzstunden von Freiwilligen an der Basis im Bereich der Dienstleistungen und über 113 200 Arbeitsstunden von "Ehrenamtlichen" in den Vorständen der Trägerorgane geleistet worden (vgl. Konzept des Vereins Vermittlungsstelle für Freiwillige). Doch die Bereitwilligkeit für soziale Einsätze der traditionellen Art sinkt und das Image v.a. bei traditioneller freiwilliger Frauenarbeit ist schlecht. Der Bedarf jedoch ist gemäss einer repräsentativen Umfrage unverändert hoch. Mit den gestiegenen fachlichen Anforderungen der Institutionen sind auch die Erwartungen der Freiwilligen und „Ehrenamtlichen“ an den persönlichen Gewinn gestiegen. Nicht finanzielle Erwartungen stehen dabei im Vordergrund, sondern Unterstützung durch Weiterbildung, Beratung und offizielle Anerkennung der geleisteten Arbeit in Form eines Leistungsausweises. Auf der städtischen Ebene sind durch die Leistungsverträge die Anforderungen v.a. an die „Ehrenamtlichen“ in den Vorständen gestiegen. Erfüllung der Leistungsverträge, strategische Führung, hohe Verantwortung im finanziellen Bereich, Verhandlungsgeschick, Personalführung in arbeitsmarktmäßig schwierigen Zeiten usw. sind neue Aufgabengebiete, für deren Erfüllung vielen Vorstandsmitgliedern heute die nötige Unterstützung fehlt. Dazu kommt die zeitliche Mehrbelastung. Nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus sozial- und gesundheitspolitischen Überlegungen ist die Stadt Bern auf die Arbeit von Freiwilligen und „Ehrenamtlichen“ angewiesen. Aufgrund der heutigen Erwerbslosenzahlen gewinnt die Freiwilligenarbeit als Qualifizierungsmöglichkeit und als Erleichterung eines Wiedereinstiegs von Frauen eine neue Dimension, vorausgesetzt, soziale Einsätze werden aufgewertet, als Weiterbildungsmöglichkeiten betrachtet und entsprechend gefördert. Dies bedingt mehr Investitionen von Seiten der Stadt, bringt ihr aber auch Gewinn in Form von motivierter freiwilliger und „ehrenamtlicher“ Arbeit. Wir fordern den Gemeinderat auf, dem Stadtrat einen *Massnahmenkatalog* und einen entsprechenden *Kredit* vorzulegen. Folgende Aspekte sollten dabei im Minimum berücksichtigt werden:

1. Für die Einführung, Beratung, Weiterbildung und Koordination von „Ehrenamtlichen“ und Freiwilligen werden bessere Voraussetzungen geschaffen. Bestehende Strukturen in- und ausserhalb der Verwaltung werden genutzt und verstärkt (z.B. Vermittlungsstelle für Freiwillige, kant. Koordinationsstelle für Freiwillige und Ehrenamtliche usw.).
2. Für alle, die im Auftrag der Stadt eine freiwillige oder „ehrenamtliche“ Tätigkeit ausführen, wird ein einheitlicher Leistungsausweis geschaffen, der als Grundlage für Stellenbewerbungen, Steuerveranlagungen und Sozialversicherungen dienen kann.
3. Die Spesen von subventionierten Institutionen für freiwillige und „ehrenamtliche“ Tätigkeiten werden ins Budget aufgenommen.
4. Die Leistungen von diesen sozialen Einsätzen werden zentral erfasst und dienen als Grundlage für Information, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Mitteleinsatz.
5. Für den Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Einsatzeinrichtungen wird eine Plattform geschaffen, um Fachkenntnisse und Erfahrungen breit nutzbar zu machen.

Bern, 28. Mai 1998

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat schliesst sich der Situationsanalyse der Motion an. In den sozialplanerischen Leitlinien und Strategien, die der Gemeinderat im August 1997 verabschiedet hat, wird die gesellschaftliche Bedeutung der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit ähnlich eingeschätzt und beschrieben. In Zusammenarbeit mit der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion wurde 1997 das in der Motion erwähnte Konzept, durch den Verein Vermittlungsstelle für Freiwillige in Auftrag gegeben und zum überwiegenden Teil über eine private Stiftung finanziert. Ziel war es, eine genauere Bestandesaufnahme und Aussagen über den möglichen Bedarf in diesem Bereich zu gewinnen. Bestandteil des Konzepts sind zudem mögliche Massnahmenvorschläge zur Optimierung und Verbesserung der Situation in diesem Bereich. Der Gemeinderat erachtet die in der Motion genannten Punkte als sinnvolle Massnahmen zur Förderung und Unterstützung der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit. Die Umsetzung muss jedoch in enger Absprache und Zusammenarbeit mit den weiteren, in diesem Bereich tätigen Institutionen und Organisationen erfolgen. Insbesondere muss eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen kantonaler und kommunaler Ebene gefunden werden. Erste entsprechende Absprachen haben bereits stattgefunden. Nachdem sich die Zielsetzungen des Gemeinderats mit denjenigen der Motion decken, ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Es spricht die Motionärin *Maria Regli Schmucki* (GB): Es freut mich zu hören, dass der Gemeinderat bereit ist, die Motion entgegenzunehmen und ich hoffe, dass der Rat dies auch tun wird.

Den 5. Dezember 1998 hat die UNO zum 'Tag der Freiwilligen' erklärt. Anlässlich dieses Tages haben der Bund der schweizerischen Frauenorganisationen, Pro Infirmis, Pro Juventute, Pro Senectute, das schweizerische Rote Kreuz und die Stiftung für audiovisuelle Bildungsangebote einen 3-teiligen Medienverbund realisiert. Sie setzten ein Zeichen dafür, dass die freiwillige Arbeit nicht in den Hintergrund gerückt werden, sondern sichtbar, hörbar und lesbar gemacht werden soll. Die Motion hat das gleiche Anliegen.

Auf beiden Seiten, das heisst sowohl auf der personellen bei Frauen und Erwerbslosen, als auch auf der institutionellen, ist eine Nachfrage nach freiwilliger Arbeit vorhanden und das wird auch in Zukunft so bleiben. Aber die äusseren Bedingungen haben sich geändert.

Die Frauen ziehen aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von ihren Ehemännern aus, und versuchen auf eigenen Beinen zu stehen. Darum stehen sie nicht mehr unbegrenzt für freiwillige Arbeit zur Verfügung. Sie gestalten ihr eigenes Leben aufgrund von eigenen Entschieden. Um aber im Erwerbsleben erfolgreich sein zu können, sind neben Ausbildungsabschlüssen vor allem auch Zertifikate und anerkannte Weiterbildungen nötig.

Der Arbeitsmarkt verdichtet sich. Die einen haben drei und mehr Hände voll zu tun, und die anderen suchen vergeblich nach Arbeit. Neben Beschäftigungsprojekten liegt hier ein sozialer Einsatz nahe, sofern den Arbeitssuchenden neben den vielen Schikanen noch genügend Zeit und Energie bleibt. Aber kein Erwerbsloser kann sich einen sozialen Einsatz leisten, welcher sie oder ihn nicht besser qualifiziert. Das Potential an Freiwilligen und Ehrenamtlichen wäre eigentlich schon da, nur müssten sich die Institutionen bemühen, ihr Angebot entsprechend zu präsentieren.

Viele Institutionen könnten ohne die freiwilligen Kräfte nicht existieren. Wenn die Stadt Bern ihre Freiwilligen und Ehrenamtlichen behalten will, muss sie mit ihrem Unterstützungsprogramm vorwärtskommen. Ich liess mir sagen, dass die GPK seit vier Jahren versucht, die Anliegen dieser Motion mit Nachdruck in der Verwaltung zu vertreten, das Resultat fällt meines Erachtens etwas bescheiden aus. Kantonale und lokale Vernetzungen sind sicher sinnvoll, da gebe ich der Antwort des Gemeinderats recht, aber die Stadt muss endlich auch ein eigenes Angebot kreieren, zum Beispiel Kurse über das verwaltungsinterne Bildungsangebot, Zertifikate für Vorstandsmitglieder und ähnliches.

Nicht nur die äusseren Bedingungen, auch die Formen der freiwilligen Arbeit haben sich in letzter Zeit verändert. Die neuen Freiwilligen orientieren sich weniger an längerfristigen karitativen Einsätzen im Rahmen einer Organisation. Sie sind vielmehr an einer punktuellen und befristeten Aktivität im Rahmen eines Projektes interessiert. Sie sind kritisch und wollen bezüglich Ausgestaltung und Form ihres Engagements mitreden können.

Immer mehr orientiert sich freiwillige Arbeit am Kerngedanken, dass jeder Mensch im Gegenzug zum Empfangen auch etwas zu bieten hat. So sind vielerorts schon Projekte entstanden, welche auf dem Tauschprojekt aufbauen, einige kennen vielleicht die Wissensbörse der Villa Stucki. Das Ziel solcher Tauschsysteme ist es, die Solidarität unter den Menschen auf lustvolle und spielerische Art zu fördern. Ich kann mir vorstellen, dass es auch in einer Stadtverwaltung mit ihren diversen Organisationen und Vereinen Möglichkeiten gäbe, solche und ähnliche Strukturen von freiwilliger Arbeit aufzubauen und zu betreuen.

Sie sehen, Arbeit gibt es viel, deshalb bitte ich den Rat, die Motion gleich dem Gemeinderat für erheblich zu erklären.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion SP spricht *Rosmarie Okle Zimmermann*: Die SP unterstützt selbstverständlich die Motion und alle darin erwähnten Forderungen. Wie man in den sozialplanerischen Leitlinien der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion lesen kann, setzt die Stadt auf Freiwilligenarbeit und will diese auch unterstützen. In den Handlungsstrategien zu diesen Leitlinien ist sogar erwähnt, dass die Gesellschaft von allen Bewohnerinnen und Bewohnern die Übernahme einer sozialen Tätigkeit verlangt. Die SP ist selbstverständlich auch der Meinung, dass unsere Gesellschaft auf freiwillige Arbeit angewiesen ist. Sie will aber nicht, dass die Stadt die freiwillige Arbeit zum Senken ihrer Ausgaben missbraucht.

Gerade darum ist es uns wichtig, dass die Stadt gute Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche und freiwillige Arbeit schafft. Es ist bekannt, dass in der heutigen Zeit einerseits die Bereitschaft für traditionelle Freiwilligenarbeit schwindet und andererseits unsere Gesellschaft, also auch die Stadt, zunehmend auf das Engagement von Freiwilligen angewiesen ist, weil sie sonst die wachsenden sozialen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann.

Wer sich in der heutigen Zeit für eine gute Sache engagiert, will auch in irgend einer Form davon profitieren. Wer sich in seiner Freizeit einsetzt, erwartet, dass die geleistete Gratisarbeit in irgend einer Form anerkannt wird, erwartet Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und erwartet auch, dass die Arbeit bereichernd ist und Freude macht.

Die Anforderungen an die ehrenamtlich Arbeitenden in vielen Bereichen ist gegenüber früher massiv angestiegen, ich denke dabei speziell an Vorstandsmitglieder von gemeinnützigen Institutionen, welche an einen Leistungsvertrag gebunden sind. Die Aufgaben in solchen Institutionen sind anspruchsvolle Management- und Führungsaufgaben. Weil die Stadt auf ehrenamtlich geleistete Arbeit angewiesen ist, muss sie ihre Verantwortung wahrnehmen und Instrumente zur Anerkennung und Unterstützung dieser Arbeit schaffen:

Sie muss Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, das kann sowohl die Finanzierung von schon bestehenden Angeboten aus dem freiwilligen Bereich als auch die Öffnung der verwaltungsinternen Weiterbildungsveranstaltungen heissen. Weiterbildungskurse heben nicht nur die Qualifikation sondern auch die Motivation. Die Stadt muss gute Einführungen aber auch längerfristige Begleitung und Beratung gewährleisten. Die fachliche Beratung für ehrenamtlich Tätige könnte unserer Meinung nach durch Fachleute aus der Verwaltung geleistet werden.

Für ehrenamtliche Arbeit, welche im Auftrag der Stadt geleistet wird, muss endlich ein Leistungsausweis geschaffen werden, welcher wie ein Arbeitszeugnis bei einer Stellenbewerbung anerkannt wird. Auch erachten wir eine grosszügige Spesenentschädigung als selbstverständlich. Wer für die Gesellschaft freiwillig und unentgeltlich arbeitet, darf nicht auch noch Fahrspesen, Porti oder Telefonspesen zahlen müssen.

Bei all diesen Aufgaben müssen die Strukturen der Verwaltung und von bestehenden Organisationen genutzt werden. Zu denken ist hier zum Beispiel an den Verein "Koordination Freiwilligenarbeit", welcher beim Aufbau einer Plattform für den Erfahrungs- und Informationsaustausch helfen könnte. Ich konnte gestern von Frau Begert an der Delegiertenversammlung dieses Vereins hören, dass die Freiwilligenarbeit für die Stadt etwas kostet und

nicht einfach zum Nulltarif im Budget und in der Rechnung eingesetzt werden kann. Mit der Umsetzung dieser Motion wird dieses Versprechen wahrgemacht.

Die Stadt muss nun aber auch auf anderen politischen Ebenen ihren Einfluss für die freiwillige Arbeit geltend machen, zum Beispiel für die Umsetzung neuer Formen der Anerkennung. Ich denke da vor allem an zwei Möglichkeiten: Bei der nächsten AHV-Revision sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, um freiwillige Betreuungsarbeit und ehrenamtliche Arbeit in gemeinnützigen Organisationen bei der Bemessung der AHV-Leistungen anrechnen zu lassen. Weiter müsste eine Art von Bonussystem für Sozialhilfe geschaffen werden, das heisst, wer freiwillig Sozialarbeit leistet, schafft sich ein Anrecht, später bei Bedarf selber Sozialhilfe unentgeltlich anfordern zu können.

Die SP empfiehlt aus den erwähnten Gründen, die Motion für erheblich zu erklären und erwartet, dass die darin aufgestellten Forderungen auch rasch umgesetzt werden.

Für die Fraktion FDP spricht *Katharina Suter*: Die Zeiten haben sich geändert. Es wird unter anderem von der Motionärin festgestellt, dass die Bereitwilligkeit für soziale Einsätze der traditionellen Art sinkt und dass das Image traditioneller Frauenarbeit schlecht ist. So einfach ausgedrückt kann ich dies nicht entgegennehmen. Viele feministische Debatten haben systematisch zur Abwertung der Nichterwerbsarbeit geführt. Freiwillige Frauenarbeit wurde nicht selten mit den Argumenten Arbeitsplatzverhinderung und Unprofessionalität oder mit einer gewaltigen Portion Verachtung unattraktiv gemacht. Jetzt wird Flickarbeit gefordert.

Der Bedarf an Freiwilligenarbeit ist unverändert hoch. Das ist nichts neues und es war auch voraussehbar. Die Freiwilligenarbeit ist nicht nur aus dem Blickwinkel des Sozialbereichs zu betrachten, sie ist ebenfalls sehr wichtig in der umfangreichen Vereinsarbeit in der ganzen Stadt. Sie ist notabene auch nicht nur auf Frauen ausgerichtet, sondern betrifft beide Geschlechter. Die Forderung in der Motion nach besseren Voraussetzungen durch Beratung, Weiterbildung, Koordination des breiten Spektrums an freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeit, die Verstärkung und den Ausbau der bestehenden Strukturen kann die FDP, auch wenn sie es gerne täte, aus finanzpolitischen Gründen nicht einfach so unterstützen.

Die Schaffung eines Leistungsausweises erachtet sie als realistisch. Damit kann die qualifizierte freiwillige Arbeit wieder auf einen besseren Anerkennungsstand gehoben werden. Die erwähnte Aufnahme von Spesen ins Budget der subventionierten Institutionen ist nichts Neues und wird seit längerer Zeit praktiziert. Es gab in der letzten Zeit viele Verbesserungen mit finanziellen Konsequenzen. Gerade in der externen Betreuung älterer Menschen, Kranker und Behinderter gilt die Stadt Bern als sehr fortschrittliche Stadt. Ungeeignet finden wir den Zeitpunkt, eine aufwendige, zentralistische Bürokratie einzurichten. Vernünftige Aufzeichnungen in den bestehenden Organisationen sollen genügen, um die Übersicht in der Freiwilligenarbeit zu erreichen. Aus Kostengründen kann die FDP dem geforderten enormen Ausbau der ehrenamtlichen Organisation nicht mehrheitlich zustimmen. Sie beschloss für diese Motion deshalb Stimmfreigabe.

Wir möchten heute die Gelegenheit nutzen und unseren Dank an alle richten, welche in den vergangenen Jahren in unserer Stadt gemeinnützige Arbeit mit Überzeugung und Selbstverständlichkeit geleistet haben. Mit eingeschlossen sind natürlich die Kirche und die Bürgergemeinde.

Für die Fraktion SVP spricht *Beat Schori*: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab, würde die Forderungen als Postulat aber unterstützen. Ich bitte deshalb die Motionärin, eine solche Umwandlung vorzunehmen. Freiwillige Arbeit finden wir eine gute, sinnvolle und zur Nachahmung empfohlene Sache. Der Text in der Motion lässt aber die Interpretation zu, dass die Motionärin mit 'ehrenamtlich' nicht 'unentgeltlich' meint. Mit der Motion werden neue, wiederkehrende Kosten generiert. Bevor diese aber in Rechnung gestellt werden können, muss man noch einen grossen Kredit bewilligen.

Offenbar nimmt der Gemeinderat immer noch nicht zur Kenntnis, dass die Stadtkasse leer ist, sonst würde er solche Motionen nicht erheblich erklären wollen. Die SVP ist sich bewusst, dass in der Gesellschaft etliches nicht realisierbar wäre, wenn es nicht viele freiwillige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gäbe. An dieser Stelle danken auch wir all jenen, die sich in irgendeiner Form ehrenamtlich betätigen.

Wir würden es zudem begrüßen, wenn die Stadt all diesen ehrenamtlich tätigen Menschen Anerkennung zukommen lassen würde, vielleicht in Form eines Essens oder so. Wir wollen weiterhin auf die ehrenamtliche Arbeit bauen und sie nicht abschaffen, wie dies die Motion fordert.

Einzelvoten

Ursula Rudin-Vonwil (GFL): Ich kann etwas nicht im Raum stehen lassen, nämlich dass Freiwilligenarbeit nur Frauenarbeit sein soll. Auch die Männer haben da ihren Beitrag zu liefern, und ich bin mir nicht sicher, ob ein Essen dann das einzige wäre, das sie wollten. Ich bin der Meinung, dass die Freiwilligenarbeit auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden soll, darum bin ich auch der Meinung, dass es der Stadt Bern sehr wohl anstehen würde, die Freiwilligenarbeit auf Händen zu tragen und gewisse Anreize zu schaffen. Es geht nicht darum sie zu bezahlen, aber doch immerhin Anreize wie AHV-Anrechnung oder Leistungsausweise zu schaffen. Und wenn dies unsere Gemeinde etwas kostet, so ist immer noch sehr viel mehr Geld gespart, als wenn man die Freiwilligen nicht mehr finden würde und man dies bezahlte Arbeitskräfte machen liesse.

Rudolph Schweizer (SVP): Männer machen vielleicht nicht soviel in der Betreuung von älteren Menschen. Aber eines möchte ich doch sagen, und ich möchte auch von dieser Stelle aus herzlich danken den vielen Männern, aber auch den Frauen, die die jungen Leute an Sportanlässe in der ganzen Schweiz bringen. Diese Arbeit ist auch freiwillig und mit grossem Aufwand verbunden. Wir sollten nicht nur auf einen Teil der Bevölkerung achten, auch die Jungen haben es verdient, dass man sie eben an diese Anlässe bringt und betreut.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Das Thema der Freiwilligenarbeit liegt mir besonders am Herzen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es ein falsches Signal wäre, diese Motion abzulehnen. Es kommt sehr darauf an, wie man das Ganze ausgestaltet, und da habe ich nun einen Haufen Anregungen erhalten.

Ich bin der Meinung, dass die Stadt eben gerade nicht alles selber machen soll. Ich bin nicht der Meinung, dass die Stadt nun viele Institutionen aufziehen muss, welche die Leute ausbilden, betreuen und vermitteln. Dafür gibt es einerseits die kantonale Koordinationsstelle und andererseits die Vermittlungsstelle des Roten Kreuzes, welche die Stadt Bern schon seit vielen Jahren subventioniert. Über die Zusammenarbeit mit diesen Gremien werden wir euch in der Antwort und dem zu unterbreitenden Konzept orientieren.

Mit vielen Sachen wurden bereits offene Türen eingerannt. Es ist überhaupt nicht so, dass die Verwaltung nichts gemacht hätte. Manchmal kommt das halt einfach nicht so an die Öffentlichkeit. Ich habe hier ein Konzept über die Freiwilligenarbeit in der Stadt Bern, welches die Vermittlungsstelle für uns erhoben hat, mit sehr interessanten Zahlen und Ansätzen, wie Freiwilligenarbeit zu leisten sei. Unterdessen existiert auch endlich der Ausweis, den wir schon lange geplant haben, wo wir aber gewusst haben, dass die kantonale Koordinationsstelle so etwas ausarbeiten wollte. Wir wollen ein möglichst einheitliches Papier haben, und wenn es nun nicht endlich vorwärts gegangen wäre, hätte ich wahrscheinlich etwas auf eigene Faust gemacht. Er ist jetzt in der Vernehmlassung, aber ich hoffe, dass wir ihn bald benutzen können.

Es ist völlig klar, freiwillige und ehrenamtliche Arbeit ist nicht völlig gratis. Wir müssen den Leuten gewisse Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, wir müssen ihnen eine gewisse Anerkennung entgegenbringen, sei es über Spesenabrechnungen oder seien dies Abendessen mit den Chefbeamten. Das sind zum Teil relativ kleine Dinge, aber gratis sind sie nicht. In dem erwähnten Konzept wurde erhoben, dass in der Stadt Bern jährlich 500'000 Stunden freiwillige und ehrenamtliche Arbeit geleistet werden. Müsste man diese zu einem durchschnittlichen Stundenansatz zahlen, würde dies zwanzig Millionen Franken machen. Freiwilligenarbeit darf nicht nur zum Sparen da sein, da bin ich mit der SP einig, aber dies ist auch ein wichtiger Aspekt.

Ich könnte nicht dahinterstehen, wenn das Ganze sehr viel Geld binden würde, aber wir werden uns sicher bemühen, eine akzeptable Vorlage zu präsentieren.

Dass die freiwillige Arbeit für die Direktion und für mich persönlich einen ganz hohen Stellenwert hat, zeigt vielleicht auch, dass eine unserer Adjunktenstellen zu 50% für Freiwilligenarbeit eingesetzt wird, also für das Koordinieren, für das Verbinden, aber nicht im Stil, dass nun die städtische Verwaltung dies an sich reißen würde, sondern indem man zusammenarbeitet. Ich schliesse mich dem Dank an, auch jenem an die Männer, denn die tun auch etwas, wenn auch nicht soviel wie die Frauen.

Beschluss

Die Motion wird mit 40 zu 19 Stimmen bei 7 Enthaltungen erheblich erklärt.

8 Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat i.S. von Artikel 65 Absatz 2 Geschäftsreglement des Stadtrats betreffend "Leben in Bern - Sozialplanerische Leitlinien und Strategien" der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion

Antrag Nr. 153

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht Leben in Bern.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Ich bin sehr stolz auf die vorliegende Kurzfassung der sozialplanerischen Leitlinien. Entstanden sind diese einerseits aufgrund zweier überwiesener Vorstösse von den Alt-Stadträten Werner C. Hug und Sigisbert Lutz, andererseits aus dem direktionsinternen Bedürfnis, endlich auch einmal eine Planung zum sozialen Bereich zu machen, welcher ja sehr viele städtische Mittel bindet. Wir hätten natürlich auch eine breite empirische Studie durchführen können, aber bis alle Daten gesammelt gewesen wären, wäre ein Grossteil schon wieder veraltet gewesen. Die Grundrichtung der Leitlinien ist klar: Vorbeugen statt heilen.

Das Papier wurde von zwei Gruppen erarbeitet: Einerseits eine direktionsinterne, bestehend aus den Abteilungsleitern und mir, geleitet vom Direktionssekretär. Zuerst trugen wir den Status Quo zusammen und dann versuchten wir, die zukünftige Entwicklung in der Stadt Bern abzuschätzen. Wir stützten uns dabei auf bereits vorhandene Grundlagen wie zum Beispiel das STEK, Einwohnerbefragungen und ähnliches. Zu guter Letzt werteten wir diese Erkenntnisse aus und versuchten abzusehen, wo zukünftige Schwerpunkte sein müssen, wo man etwas zurückfahren kann und wo man mehr Mittel einsetzen müsste. Wir wollen dabei primär umlagern und die städtische Rechnung nicht hemmungslos mit unseren Wünschen hochjagen. Drei Schwerpunkte für zukünftiges Handeln haben sich bei dieser Arbeit herauskristallisiert: Kinderbetreuungsangebote, Projekte für die Langzeitarbeitslosen und die Freiwilligenarbeit. Ausserdem wollen wir die Instrumente zur Datenerhebung verbessern, damit wir unsere Leistungen besser vergleichen können. Wir haben neben dieser internen Arbeitsgruppe auch eine externe eingesetzt, darunter waren einige Mitglieder oder Alt-Mitglieder des Stadtrats, aber auch Fachleute aus der HFS, der BFF und aus dem KIGA.

Für uns haben wir ein dickes Buch erarbeitet, in dem alles ziemlich detailliert aufgeführt ist. Dieses Papier wird nicht in der Schublade verschwinden, wir wollen es als Arbeitsbuch benutzen. Wir wollten aber auch eine Fassung machen, welche wir weiterstreuen können, und das ist eben dieses Papier, das Ihr alle erhalten habt, in dem wir versucht haben, das Ganze in einer konzentrierten Form, lesbar, einfach und mit Beispielen darzustellen. Sowohl in der verwaltungsinternen wie auch der verwaltungsexternen Vernehmlassung wurde diese Kurzfassung positiv aufgenommen.

Ich kann Euch versichern, dass dieses Papier nicht in der Schublade verschwindet, dafür haben wir zuviel Arbeit aufgewendet. Wir haben auch eine Steuerungsgruppe eingesetzt, welche in regelmässigen Abständen zusammenkommt und dabei den Stand der Dinge sowie den Handlungsbedarf überprüft. Ich sage nach Euren Stellungnahmen gerne mehr dazu, jetzt bin ich aber sehr auf Eure Reaktionen gespannt.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion SP spricht *Marie-Louise Durrer*: Die SP-Fraktion ist dankbar für die vorliegenden Leitlinien. Das Erscheinungsbild ist sehr ansprechend, die Darstellung übersichtlich und die Lesbarkeit gut. Auch beurteilt die SP-Fraktion die Stossrichtung der sozialplanerischen Leitlinien und Strategien grundsätzlich positiv und sie unterstützt den anvisierten Wechsel von der kommunalen Sozialpolitik zur sozialen Kommunalpolitik, welche alle Bereiche der Politik einbezieht. Wenn wir einige Punkte, die unserer Ansicht nach besondere Beachtung verdienen, kritisch beleuchten, dann im Sinne von Anregungen und nicht um den Bericht in Frage zu stellen oder die geleistete Arbeit gering zu achten.

Zum erwähnten Wechsel zur sozialen Kommunalpolitik fehlt uns allerdings der Einbezug aller Bereiche der Politik. Der inhaltliche Massnahmenteil bezieht sich nur auf die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion. Damit aber von einer sozialen Kommunalpolitik gesprochen werden könnte, müssten alle Direktionen einbezogen werden.

Die SP vermisst auch eine Prioritätenordnung, denn in den Leitlinien ist alles prioritär. Aus unserer Sicht müsste zum Beispiel der Früherkennung, Erfassung und Besserung der versteckten Armut höchste Priorität zukommen.

Im Spannungsfeld der aktuellen Politik auf Seite 5 ist der Bereich Stadtentwicklung / Planung / Wohnen nicht zu finden. Ein Grund dafür ist wahrscheinlich die Tatsache, dass sich der inhaltliche Massnahmenteil lediglich auf die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion bezieht. Nach Ansicht der SP bleibt der ganzheitliche Anspruch Theorie, solange der Beitrag von anderen Politikbereichen nicht genauso definiert ist.

Mit dem auf Seite 15 zum Bereich Wohnen gesetzten Ziel ist unsere Fraktion sehr einverstanden. Vermisst wird allerdings, dass sowohl bei der Situationsbeschreibung wie bei den Trends, die Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten und die Folgen daraus nicht mit einbezogen worden sind. Unter den Massnahmen fehlt uns der Erhalt, respektive Ausbau von Quartierinfrastrukturen für den täglichen Bedarf. Die diskutierten oder geplanten grossen Einkaufszentren bedrohen diese Quartierinfrastruktur.

Die Zielsetzung "Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit" auf Seite 19 wird von der SP sehr unterstützt. Sie hofft auf innovative Ideen in der Weiterentwicklung des Projektes Arbeit statt Fürsorge. Menschen, welche sehr schwer oder gar nicht mehr in den normalen Arbeitsprozess eingegliedert werden können brauchen eine Tagesstruktur durch Arbeit und Angebote zur Weiterbildung, welche ihren Möglichkeiten entsprechen.

Im Hinblick auf die Existenzsicherung ist ein Anliegen der SP, dass durch die Koordination der verschiedenen Zweige der sozialen Sicherung der Informationsfluss gewährleistet ist, damit niemand durch die Maschen fällt.

In Bezug auf die Bildungsangebote sind Massnahmen im Bereich der unbezahlten Arbeit unerlässlich. Wichtig ist uns, dass die Freiwilligenarbeit nicht vorwiegend den jungen Seniorinnen und Senioren zugeteilt wird. In unserer Gesellschaft soll jede und vor allem jeder einen Anteil leisten.

Die SP wird darauf achten, dass auch die Kinder am öffentlichen Raum teilhaben können, zum einen durch gefahrlose Kindergarten- und Schulwege, zum andern auch durch Freiräume, welche ihnen Gestaltungsmöglichkeiten bieten.

Eine bedenkliche Entwicklung ist für die SP die Tendenz in den Handlungsstrategien für Lösungen von zukünftigen Problemen, nämlich für bisherige und neue soziale Aufgaben prioritär private Trägerschaften zu suchen. Diese Lösung ist für uns nicht prioritär, denn der politische Einfluss und die demokratische Kontrolle werden damit schwierig.

Sehr wichtig ist uns, dass die Stadt ihren Einfluss auf den Kanton und den Bund wahrnimmt. Allerdings ist dazu nach Ansicht der SP keine Präsenz von Exekutivmitgliedern in den jeweiligen Parlamenten erforderlich. Da gibt es andere, effizientere Möglichkeiten. Die SP erwartet einen vollen Einsatz, so dass die Infrastruktur für Familienangebote nicht aus dem Lastenausgleich kippt.

Unerlässlich ist für uns eine regelmässige Information über den Stand der Umsetzung der aufgezeigten Strategien.

Die SP-Fraktion dankt allen für den grossen Einsatz der geleistet wurde, so dass diese sozialpolitischen Leitlinien und Strategien jetzt vorliegen und sie erwartet, dass mit genau so viel

Einsatz die Knochenarbeit in Angriff genommen wird, die es braucht, damit das, was jetzt auf Papier vorliegt, auch umgesetzt wird.

Für die Fraktion FDP spricht *Katharina Suter*: Der Bericht 'Leben in Bern' und die sozialplanerischen Leitlinien sind zusammen ein grosses, umfassendes, übersichtliches und gut verständliches Werk von hoher Qualität, Frau Begert kann mit Recht stolz darauf sein. Der Bericht hat ein sehr hohes sozialpolitisches Niveau und basiert auf den Prinzipien Autonomie, Subsidiarität, Integration und Nachhaltigkeit. Die Ziele sind sehr hoch gesteckt, zum Teil sogar visionär, besonders in einer Zeit von knappen Finanzen. Sie können nur erreicht werden, wenn alle Bewohnerinnen und Bewohner in dieser Stadt einen grossen Beitrag dazu leisten und ihre Verantwortung voll wahrnehmen. In allen Zielfeldern - Wohnen, Arbeit, Existenzsicherung, Integration, Bildung, Gesundheit und Freizeit - erkennt man markante Auswirkungen der veränderten Gesellschaft und von der schwindenden Eingebundenheit in die Familie. Die sozialpolitischen Vorstellungen sind vielerorts sehr auf das einzelne Individuum ausgerichtet.

Das soziale Engagement unserer Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin ist sehr gross. Ohne Zweifel läuft unsere Stadt damit auch Gefahr, mit ihren Leistungen und Angeboten im Vergleich zu den Aussengemeinden zu attraktiv zu werden, und auf die sozial Schwachen, Alleinerziehenden usw. aus der Agglomeration eine Sogwirkung auszulösen.

Bei den Handlungsstrategien für die Lösungen zukünftiger Probleme wird die Unterstützung kleiner Netze, die Delegation von Aufgaben an private Trägerschaften stark gewichtet, was auch unsererseits Unterstützung findet. Die Stadt muss nicht alles selber machen.

Weitere für uns wichtige Aspekte sind berücksichtigt und formuliert: wirkungsorientierte Verwaltungsführung, Erfolgskontrolle, regionale Zusammenarbeit, Zusammenarbeit mit Kanton und Bund.

Der avisierte Umbau des Generationenvertrages in einen Gesellschaftsvertrag löst in mir Angst und Schrecken aus. Ich täte schwer daran, mich von der Stadt zur Freiwilligenarbeit verknurren zu lassen. Freiwilligenarbeit möchte ich freiwillig und spontan machen, und nicht mit Bonuspunkten. Für die angestrebte Erhaltung der unbestritten hohen Lebensqualität, von den vielen aufgelisteten bestehenden und geplanten Angeboten und Einrichtungen in der Stadt ist die Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft von grösster Bedeutung. Von nicht geringerer Bedeutung ist ein sorgfältigerer Umgang mit dem guten Steuerzahler, wir werden ihn nötig haben, besonders mit dem stetigen Trend zum Ausbau im Sozialbereich. Nicht zu vergessen ist, dass das Machbare und nicht das Wünschbare Priorität geniessen soll, auch wenn man sich dabei manchmal nach der Decke strecken muss. Neuangebote müssen durch Umlagerungen finanziert werden. Die im Bericht auf der letzten Seite gemachten Angaben über die finanziellen Auswirkungen zweifle ich an. Die FDP nimmt vom Bericht Kenntnis und dankt allen, die an diesem grossen Werk mitgearbeitet haben.

Für die Fraktion SVP spricht *Margrit Thomet*: In diesem Bericht erhalten wir einen guten Einblick in die vielfältigen Tätigkeiten und Aufgaben der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion. Klar sind die verschiedenen Dienstleistungen mit den entsprechenden Aufgaben dargestellt. Die Partnerinnen und Partner im städtischen Sozialwesen werden ebenfalls als wichtiger Bestandteil in diesem Angebot erwähnt. Es ist sinnvoll, dass diese Aufgaben der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion Ende 1994 von einer Projektgruppe erfasst und in einem überschaubaren System festgehalten worden sind. Die in diesem Bericht zitierte These von der kommunalen Sozialpolitik zur sozialen Kommunalpolitik kann mit diesem koordinierten System verwirklicht werden. Die folgenden wichtigen Ziele können somit erreicht werden: 1. Vorbeugen statt Heilen, 2. Koordination der verschiedenen Angebote und Hilfeleistungen, 3. Sparsamer Umgang und gezielter Einsatz der knappen finanziellen Mittel. In diesem Sinne ist auch die vermehrte Zusammenarbeit mit Bund und Kanton zu begrüssen. In der grossen Arbeit, welche hinter diesem Bericht steht, haben sich folgende Schwerpunkte herauskristallisiert: Kinderbetreuung, Langzeitarbeitslosigkeit, Freiwilligenarbeit.

Die Sozialplanung geht über die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion hinaus. Die anderen Direktionen werden aufgefordert mitzuziehen. Man muss lobend erwähnen, dass die Stadt Bern mit diesem umfassenden Sozialbericht und mit dieser Sozialplanung in der Schweiz

führend ist. Dass auf der Verwaltung ineffiziente Abläufe und Strukturen kritisch überprüft und verbessert werden, ist sehr lobenswert.

Sinnvoll ist auch, dass die Arbeit von bestehenden privaten Trägerschaften anerkannt und gefördert wird, ebenso der Einsatz von freiwilligen Helferinnen und Helfern. Es besteht leider die Tendenz, dass man die Freiwilligenarbeit vermehrt institutionalisieren möchte, und dann kann man einfach die Gefahr nicht von der Hand weisen, dass bald Forderungen nach voller Entschädigung kommen werden. Wir hoffen, dass die vielen Erkenntnisse aus diesem Bericht auch tatsächlich zur Anwendung kommen. Unsere Fraktion begrüsst und genehmigt diesen Bericht.

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Michael Jordi* (GB): Unsere Fraktion findet dies einen ausgezeichneten Bericht. Er erlaubt es uns klar aufzuzeigen, wo sich Zentrumsleistungen und Zentrumslasten befinden, was uns als Stadt von den umliegenden Gemeinden unterscheidet, welche zusätzlichen Aufgaben wir leisten. Daher ist der Einbezug der umliegenden Gemeinden, vom Kanton und vom Bund ein sehr wichtiger Bestandteil, damit man auch die hier gesetzten Ziele erreichen kann. Die Fallbeispiele der Kurzfassung sind manchmal fast allzu schön, sie erwecken nämlich den Eindruck, dass im Rahmen der sozialen Leistungen der Stadt Bern fast alles zum Besten gestellt ist. Ich denke, dass es durchaus auch einmal einen Kleckser hätte gebrauchen können, welcher zeigt, wo es auch Löcher gibt. Die hohe Fallbelastung der Sozialdienste beispielsweise wird nur am Rand erwähnt, dies müsste aber bei der Verwirklichung der Ziele erscheinen, weil die vorgeschlagenen Integrationshilfen nur dann zu verwirklichen sind, wenn auch bei den Sozialdiensten die Beratungstätigkeit und nicht nur die finanzielle Hilfe einen grösseren Stellenwert erhält.

Wir finden auch die Erfolgskontrolle in der Verwaltung wichtig, diese sollte nicht nur unter dem Blickwinkel von Mittel und Leistungen berücksichtigt werden, sondern ebenfalls im Sinne einer Qualitätssicherung. Die sozialplanerische Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung erachten wir als sehr wichtig.

Die sozialplanerischen Leitlinien lassen sich nicht auf eine Direktion beschränken, die Präsenz des Gemeinderats in der heutigen Diskussion wirft ein etwas schlechtes Zeichen auf die zu wählende Strategie. Gerade beim Wohn-, Arbeitsmarkt und Bildungsumfeld sind auch andere Direktionen zum Handeln aufgefordert. Der Bericht konzentriert sich da sehr stark auf die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion und lässt die anderen auf der Seite liegen. Diese Schwäche ist aber gleichzeitig auch eine Stärke des Berichtes, weil man sich so auf etwas konzentriert, und weiss, was diese Direktion in der nächsten Zeit anpacken will und muss.

Die Umsetzung dieses Leitbildes wird zusätzliche Kosten verursachen, ein anderer Weg wäre unserer Meinung nach hier gar nicht denkbar. Wenn man nämlich den erweiterten Bericht genauer anschaut, sieht man, dass eine ganze Reihe von Leistungen, welche wir als wichtig anschauen, zusätzliche Kosten verursachen werden, denken wir da nur an die geschilderten Integrationsprogramme, welche sicherlich die Schaffung neuer Kapazitäten erfordern.

Subsidiarität ist sicherlich sehr wichtig. Die Frage ist einfach, auf was sich diese bezieht. Ich habe aber den Eindruck, dass man heute mit dem Wort Subsidiarität Augenwischerei betreibt. Subsidiarität muss sicherlich beinhalten, dass ein rechtsgleicher Zugang zu den Leistungen besteht, dass die Gleichbehandlung der Gesuchstellenden besteht und dass es vor allem auch den unteren Einkommensschichten ermöglicht wird, Zugang zu den Leistungen zu haben. Wenn dies nicht der Fall ist, kann man sicherlich nicht von schon bestehenden Angeboten sprechen, zu welchen die städtischen dann subsidiär dazukommen oder eben nicht. Da braucht es sicherlich auch Leistungen der Stadt, zusätzlich zu schon bestehenden Angeboten.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Michael Burri* (GFL): Ich möchte zuerst noch bemerken, dass es für mich bezeichnend ist, dass die Fraktionserklärungen zu diesem Bericht von Frauen der bürgerlichen Seite gehalten wurden. Es wäre schön gewesen, wenn man da auch einmal einen Mann erlebt hätte, aber das wird wahrscheinlich erst im 21. Jahrhundert vorkommen.

Auch ich möchte mich bei Frau Begert und bei der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion für diese Gesamtschau bedanken. Wir finden sie sehr gut, unsere Vertretungen haben dies be-

reits in der Geschäftsprüfungskommission gesagt. Ich kann zuhänden der Verwaltung auch auf das verweisen, was wir dort sagten.

Im Unterschied zu Michael Jordi finden wir es nicht so glücklich, dass man sich hier ausschliesslich auf die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion beschränkt hat und die anderen Direktionen links liegen liess. Das ergibt sich einerseits natürlich aus der gegenwärtigen Aufteilung der Direktionen, andererseits muss man auch sagen, dass diese Aufteilung zum Teil sehr fragwürdig ist.

Was wir auch sehr betonen möchten, ist die regionale Zusammenarbeit, in diesem Zusammenhang hat es mich sehr gefreut, von der FDP-Fraktionssprecherin zu hören, dass man eine Entlastung der Stadt anstrebt und wünscht, ich möchte dieses Wort aus Ihrem Munde in die Ohren Ihrer Parteikolleginnen und -kollegen auf höherer Ebene sehen. Noch ein Wort zur Freiwilligenarbeit: Es wäre schön, wenn man genug Freiwillige hätte, aber das wird wahrscheinlich je länger desto weniger der Fall sein. Ich möchte mir erlauben, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es einen Moment gibt, in dem junge Männer unfreiwillig einen Dienst an der Gesellschaft leisten. Auch dieser Dienst wird sich wahrscheinlich recht verändern, eventuell werden im nächsten Jahrhundert auch die Frauen zu etwas Ähnlichem verpflichtet, ich persönlich bin der Ansicht, dass man einen solchen Dienst an der Gesellschaft auch in einem späteren Lebensalter sowohl Frauen wie Männern zumuten könnte, nachdem sie aus der Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind. Was ich persönlich als sehr wichtig empfinden würde, wäre eine gleichmässige Verteilung innerhalb der gesamten Gesellschaft zwischen den drei verschiedenen Standbeinen Arbeitszeit, Sozialzeit und Freizeit. Bezeichnender- und richtigerweise ist diese Freizeit in den sozialplanerischen Leitlinien abgehandelt.

Einzelvoten

Kurt Mäusli (SP): Ich möchte mich dem Dank und der Anerkennung anschliessen, welche da über die grosse und interessante Dokumentationsarbeit geäussert wurden. Ich gestatte mir als Präsident der Rentnervereinigungsgruppe, ganz kurz auf eine Bemerkung dieses Berichtes einzugehen, auf Seite 44, Absatz 3, wo geschrieben steht, dass als besondere Zielgruppe die Angehörigen des dritten Alters aufgefordert werden sollen, Solidaritätsaufgaben zu übernehmen. Frau Gemeinderätin, ich weiss nicht ob Sie dies wissen, ich präsidiere 17 gewerkschaftliche Rentner/innenorganisationen, denen ungefähr 3'500-4000 eingeschriebene Mitglieder angeschlossen sind. Wir nehmen den Appell, dass wir Solidaritätsaufgaben übernehmen sollen, wahr. Wir helfen beim Ausfüllen der Steuererklärung, bei der Budgetplanung, mit Krankenbesuchen und vielem anderen.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert:* Ich habe bereits gesagt, dass wir intern die Vollversion benutzen und nicht die vorliegende Kurzfassung. Wir haben es uns lange überlegt, aber weil ich dagegen bin, dass man immer einen Haufen Papier verschickt, der dann nicht gelesen wird, habe ich dafür plädiert, dass man dem Stadtrat nur die Kurzfassung zuschickt und dass jene, welche es besonders interessiert, die detaillierte Fassung nachbestellen können. Und diejenigen, die dies gemacht haben, konnten feststellen, dass wir dort sehr wohl auch die anderen Direktionen miteinbezogen haben. Aber die Arbeit als Ganzes war die Arbeit der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion und war deshalb schwergewichtig auf unsere Tätigkeit und unsere Perspektive bezogen. Allen Direktionen wurde dieser Bericht zugeschickt und sie wurden aufgefordert, zu ihrem Teil ebenfalls einen solchen Bericht zu verfassen, wenn auch nicht unbedingt im selben Ausmass. In der Kurzfassung steht auch, wo die Aufgaben nicht bei uns, sondern in anderen Direktionen sind. Im Ergänzungsbericht findet man nach dem gleichen System wie im grossen Buch die Ergebnisse der anderen Direktionen. Dieser Bericht liegt im Dokumentationsraum der Stadtkanzlei auf. Ich konnte diese Arbeit aber nicht für die anderen Direktionen machen.

Ich denke, die Subsidiarität ist ein unbestrittener Grundsatz. Er darf aber auf keinen Fall heissen, dass dann nur eine bestimmte Kategorie zu gewissen Leistungen gelangt. Und wir sind natürlich auch bemüht, nicht nur das Finanzielle zu kontrollieren, sondern auch ob die Qualität unserer Arbeit stimmt.

Zur Befürchtung wegen dem Generationenvertrag: Ganz sicher muss Solidarität im freiwilligen Bereich freiwillig bleiben. Niemand wird dazu verknurrt werden, solche Arbeit zu leisten,

weder Junge noch Alte. So sehr man aber aus verschiedensten Gründen die Jungsenioren und -seniorinnen im Visier hat, das kann nicht auf diese Generation beschränkt bleiben.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die SP der Meinung ist, dass man für die Intensivierung der Kontakte mit dem Bund nicht in den Nationalrat müsse. Das muss man tatsächlich nicht zwingend, aber es ist nicht schlecht, wenn wieder mehr Exekutivmitglieder auf Bundesebene vertreten wären. Wir haben nach wie vor Schwierigkeiten, beim Bund vorstellig zu werden, dieser will mit den Kantonsvertretern sprechen.

Wir haben aber einiges gemacht: Wir gründeten die 'Sozialplattform der Schweizer Städte', welche immer mehr Städte einbezieht - jetzt schon über 30 - und sich direkten Zugang zu den diversen Gremien auf nationaler Ebene verschafft. Das gleiche machen wir beim Kanton, nicht zuletzt indem wir vor jeder Session regelmässig unsere Grossrätinnen und Grossräte einladen und sie über jene Probleme, die die Stadt im besonderen betreffen, informieren. Wir arbeiten in der Region sehr eng zusammen, speziell im sozialen Bereich, mittels der sogenannten SoKo. Diese Gruppe geht auch das Problem an, welches von Frau Suter angesprochen wurde, nämlich jenes der Attraktivität der Stadt Bern für Sozialhilfe-Abhängige. Dem wirken wir dort entgegen, indem wir die Richtlinien gemeinsam aushandeln, indem wir beispielsweise die Handhabung von Verwandtenunterstützung oder der SKOS-Richtlinien gemeinsam angehen, damit dies dann alle gleich machen. Das ist ein sehr gutes und konstruktives Zusammenarbeiten.

Wir arbeiten aktiv an der integralen Überprüfung der Fürsorge 1 und 2 des Kantons mit, unser Direktionssekretär stellt dort die Vertretung. Ich kann versichern, dass ich alles unternehmen werde, damit die Familienprojekte, welche sehr in Frage gestellt sind, in der Leistungsverteilung erhalten bleiben. Ich habe bereits einmal von der Städte-Initiative 'Ja zur sozialen Sicherheit' erzählt, ich bin dort mit den Städten Lausanne und Zürich im Dreier-Ausschuss. Wir führen regelmässige Gespräche mit den Vertretern der Bundesversammlung zu Themen, welche die Städte besonders brennen. Ich habe den Vorsitz der Drogenplattform und den Vorsitz der erwähnten Sozialkommission auf regionaler Basis.

Ich habe bereits einmal versichert, dass dies kein Papiertiger werden wird, das kann ich an dieser Stelle nur noch wiederholen. Ein Punkt, an dem wir bereits arbeiten, ist die schon erwähnte Steuerungsgruppe, welcher wir einen Teil einer Adjunktenstelle gewidmet haben. Der andere Teil dieser Adjunktenstelle ist mit einer Betriebswirtschafterin besetzt, welche kontrolliert, dass wir auch wirtschaftlich arbeiten.

Einige Leistungen aus diesem Projekt wurden bereits umgesetzt, zum Beispiel das Projekt 'Arbeit statt Fürsorge', wo wir bis Ende 1998 110 neue Arbeitsplätze schufen und neue Plätze in der Planung sind. Wir haben in dieser Legislatur 95 neue Plätze für Kinderbetreuung geschaffen. Wir sind ein Mitglied von NSB, wir machen Controlling und Leistungsverträge. Wir machen Evaluationsverfahren, die methodischen Instrumente wurden so kostenneutral wie möglich verbessert.

In diesem Sinne haben wir vor, weiterzuarbeiten, und die Anerkennung des Stadtrats ist für uns alle eine grosse Motivation, um weiterzuarbeiten. Ich werde, beispielsweise im Rahmen des Verwaltungsberichtes, gerne Auskunft geben über die weiteren Abläufe und Fortschritte. Herzlichen Dank für das Lesen des Berichts und das Mittragen unserer Arbeit.

Eingänge

Es werden eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen drei Postulate, eine dringliche und eine ordentliche Interpellation, nämlich:

Postulat Michael Burri (GFL) / Urs Jaberg (FDP): Kundinnen- und Kundenfreundlichere Öffnungszeiten der städtischen Entsorgungshöfe, zweiter Anlauf

In dieser Sache hat der Stadtrat am 30. April 1998 einstimmig ein Postulat überwiesen und die entsprechende Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht akzeptiert. Darin hatte der Gemeinderat mitgeteilt, dass die städt. Entsorgungshöfe seit 1. Januar 1998 im Sinne des Postulats, nunmehr an einem Wochentag (Mittwoch) bis 19.00 Uhr abends geöffnet seien (Protokoll Nr. 22/1998 S. 558 ff.).

Auf den 1. Januar 1999 ist diese Massnahme nun aber bereits wieder rückgängig gemacht worden, was gegenüber dem Postulanten mit dem Resultat einer statistischen Erhebung der Kundenfrequenz in den Monaten Juli bis September 1998 begründet wurde, wonach am Mittwochabend (zwischen 16.45 und 19.00 Uhr) nur gerade 1,66 Prozent der wöchentlichen Kundenbewegungen zu verzeichnen seien; dies zeige „dass die zusätzlich angebotenen Öffnungszeiten keinem Bedürfnis entsprechen“ und „im Hinblick auf die geleisteten 993 Überstunden inkl. Zuschlag die Beibehaltung dieses Angebotes unverhältnismässig“ sei (Schreiben des Direktors der Stadtbetriebe vom 15. Dezember 1998).

Die Unterzeichnenden möchten dem Gemeinderat aus folgenden Gründen nahelegen, auf diesen Entscheid der Direktion der Stadtbetriebe zurückzukommen:

- Die verlängerte Öffnungszeit am Mittwochabend wurde offensichtlich einzig im Abfallkalender 1998 publiziert und nicht noch auf weiteren Informations-Kanälen einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. (Wie dem Prüfungsbericht zum Postulat Annemarie Sancar "Vielsprachigkeit - eine Herausforderung für die Stadt" vom 20. Januar 1999 entnommen werden kann, enthält erst der Abfallkalender 1999 auch fremdsprachige Informationen.)
- Erfahrungsgemäss benötigen neue Massnahmen und Dienstleistungsangebote ohnehin eine gewisse Zeit, bis sie vom breiten Publikum benutzt werden. Ein einziges Jahr (bzw. bloss drei Monate als Messperiode) scheinen uns im Falle von erweiterten Öffnungszeiten eindeutig zu kurz (vgl. hierzu auch den Versuchsbetrieb der Linie 30 Matte-Marzili der SVB, welcher noch bis Ende Oktober 1999 laufen wird!)
- Entgegen der seinerzeitigen Anregung im Postulat und in der Ratsdebatte vom 30. April 1998 wurde die Schliessung kompensationshalber nicht geprüft. Eine Schliessung der Entsorgungshöfe an zwei oder drei Halbtagen pro Woche (o.ä.) würde ermöglichen, die verlängerten Öffnungszeiten an einem Abend (oder auch durchgehend über den Mittag) ohne finanziellen Mehraufwand (insb. ohne teure Überstunden) beizubehalten. Das Argument im seinerzeitigen Prüfungsbericht, eine Schliessung kompensationshalber "würde erhebliche Probleme bezüglich unkontrollierte Ablagerungen vor den Höfen aufwerfen", überzeugt uns nicht, zumal es sich hier um eine ziemlich spekulative Annahme handelt, welche offenbar auf einer einzigen Erfahrung, nämlich der Schliessung der Entsorgungshöfe am Nationalfeiertag, basiert.
- 15 Entsorgungshöfe (bestehende sowie in Planung befindliche) sind für eine Stadt mit weniger als 130 000 Einwohnerinnen und Einwohnern viel, wenn nicht zuviel (vgl. hierzu das Postulat der Fraktion FDP "Überprüfung des Konzeptes bezüglich Entsorgungshöfe", eingereicht am 12. März 1998). Auch von daher gesehen, drängt sich eine Überprüfung in Richtung Reduzierung der gegenwärtig insgesamt geleisteten "Mann- und Fraustunden" (Anzahl Entsorgungshöfe mal Anzahl wöchentliche Öffnungsstunden) auf.
- Erwähnt sei schliesslich, dass Entsorgungshöfe für den Einsatz Arbeitsloser sowie für SIB-eigenes Personal, das der Belastung im Kehrrichtdienst nicht mehr gewachsen ist, geradezu prädestiniert scheinen (vgl. Aktennotiz des GPK-Delegationsbesuch vom 19. November 1998).

Bern, 4. März 1999

Michael Burri (GFL) / Urs Jaberg (FDP), Hans-Ulrich Suter, Stephan Hügli, Ueli Haudenschild, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Thomas Balmer, Markus Blatter, Kurt W. Weyermann, Adrian Haas, Bernhard Pulver, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Lehmann, Heinz Rub

Interfraktionelles Postulat SP, GB/JA!, GFL/EVP (Sylvia Spring Hunziker, SP / Blaise Kropf, JA! / Ursula Rudin-Vonwil, GFL): Beratungs- und Koordinationsstelle für erwerbslose Jugendliche

Das Wirtschaftsamt der Stadt Bern (Bereich Weiterbildung und Beschäftigung, BWB) hat als Folge der Sparmassnahmen von Seiten des KIGA, den Leistungsvertrag mit dem INform, Informations- und Beratungstreff für junge Erwerbslose, nach vier Betriebsjahren, völlig unerwartet per 31. Mai 1999 gekündigt. Obschon von verschiedenen Seiten interveniert wurde, scheint diese Kündigung unabwendbar zu sein. Die Enttäuschung und das Unverständnis sind gross.

Das soeben veröffentlichte Sorgenbarometer 1998 der Credit Suisse zeigt deutlich auf, die Hauptsorge im Land bleibt die Arbeitslosigkeit. Eine Entwarnung insbesondere im Bereich der Jugenderwerbslosigkeit ist klar zu früh. Obwohl die offizielle Statistik einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnet, täuschen diese Zahlen, da einerseits alle Stellensuchende in den Beschäftigungsprogrammen oder Zwischenverdiensten nicht in der Arbeitslosenquote enthalten sind (Bsp. Dez. 98: mehr als 44 % aller Stellensuchenden gelten nicht als arbeitslos) und andererseits melden sich Schulabgänger/innen häufig nicht bei den RAV an, deshalb muss bei Jugendlichen von einer hohen Dunkelziffer von Erwerbslosen ausgegangen werden.

Erschreckend sind ferner die aktuellen statistischen Angaben des Verbands "Arbeit statt Fürsorge". In der Vermittlungsstatistik dieses Projekts für Langzeiterwerbslose - also für ausgesteuerte Personen - sind 25 % zwischen 20 und 30 Jahre jung. Diese hohe Zahl junger Erwachsener, die wegen Erwerbslosigkeit sozialhilfeabhängig sind, ist sehr ernst zu nehmen, denn diese betroffenen Personen können sich unmöglich aus eigener Kraft wieder in den Arbeitsmarkt integrieren und bedeuten langfristige Ausgaben im Fürsorgebereich.

"Vorbeugen ist besser als heilen"

In der Stadt Bern gibt es verschiedene Stellen, wo sich Schulabgänger/innen und junge Erwerbslose hinwenden können. Diese Stellen können jedoch entweder keine umfassende Betreuung anbieten, da sie nur einzelne Aspekte abdecken, oder sie sind nur für eine eingeschränkte Zielgruppe zuständig (Beispiele sind: RAV, Gesundheitsdienst, Berufsberatung). Die hier bestehende Lücke soll durch eine Beratungs- und Koordinationsstelle für junge Erwerbslose geschlossen werden.

Zielgruppe

- schulisch schwächere Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit
- Jugendliche mit sprachlichen Defiziten
- junge Ausländer/innen, speziell jene, welche nicht die ganze obligatorische Schulzeit in der Schweiz absolviert haben
- Lehrabbrecher/innen
- erwerbslose Jugendliche ohne Berufsausbildung oder mit schlechten arbeitsmarktlichen Chancen (z.B. Anlehre oder nur Kurzausbildungen)

Beratungs- und Koordinationstätigkeit

Das Angebot soll individuell angepasste Unterstützung und Begleitung beim Einstieg in Ausbildung und Berufsleben umfassen, und niederschwellig sein. Da häufig verschiedene Stellen in den Hilfefprozess involviert sind, erhält die Koordinationstätigkeit einen wichtigen Stellenwert. Es geht darum, eine optimale Zusammenarbeit der eingebundenen Stellen im Interesse der Ratsuchenden sicherzustellen sowie Doppelspurigkeiten und administrative Hürden zu vermeiden.

Finanzierung und Zusammenarbeit

Die geforderte Beratungs- und Koordinationsstelle hat eindeutig präventiven Charakter. Deshalb müssen Aussenfinanzierungsanteile formell abgeklärt werden (z. B. Bundesamt für Gesundheit, kantonaler Suchthilfefonds, und andere...). Eine solche Stelle wird sowohl städtischen wie regionalen Bedürfnissen gerecht, aus diesem Grunde gilt es, auch regionale Finanzierungsbeiträge sicherzustellen. Zudem ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Präsidial-, der Fürsorge- und Gesundheits- sowie der Schuldirektion unabdingbar.

Der Gemeinderat wird gebeten:

1. Eine **aktualisierte Aufstellung der zur Verfügung stehenden Angebote** für jugendliche Erwerbslose (von der Berufswahl, über Schulabgang, Berufsausbildung, mögliche Unterbrüche, bis zum Lehrstellenabgang) vorzulegen und zu bewerten. Die spezifizierten Abgrenzungen sind klar zu bezeichnen und Einschränkungen inkl. Kapazitätsgrenzen sind aufzuzeigen.
2. Aufgrund der festgestellten Defizite und der parallel eruierten Bedürfnisse ein **Stellenprofil für die gewünschte Beratungs- und Koordinationsstelle** für erwerbslose Jugendliche zu erarbeiten.
3. Die rasche **Eröffnung einer solchen Beratungs- und Koordinationsstelle** für erwerbslose Jugendliche zu prüfen und die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Selbstverständlich ist eine sinnvolle und kostengünstige Verknüpfung mit bereits bestehenden Angeboten zum Beispiel des Trägervereins für die offene Jugendarbeit, TOJ, zu bevorzugen.

Bern, 4. März 1999

Interfraktionell SP, GB/JA!, GFL/EVP, (Sylvia Spring Hunziker, SP / Blaise Kropf, JA! / Ursula Rudin Vonwil, GFL) Franco Sommaruga, Kurt Mäusli, Andreas Krummen, Marcel Fankhauser, Leslie Lehmann, Edith Olibet, Marie-Louise Durrer, Oskar Balsiger, Raymond Anliker, Esther Kälin Plézer, Ruth Rauch, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Margrit Stucki-Mäder, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, René Zimmermann, Peter Blaser, Rosmarie Okle Zimmermann, Irène Marti Anliker, Michael Jordi, Nico Lutz, Ursula Hirt, Annemarie Sancar, Peter Sigerist, Maria Regli Schmucki, Regula Keller, Eva von Ballmoos, Luzius Theiler, Ueli Stükelberger, Sven Baumann, Bernhard Pulver, Michael Burri, Konrad Bossart, Anton Maillard, Mario Marti, Peter Stucki, Michael Straub

Postulat Peter Stucki (EVP): Einschreibung in den Kindergarten

Die Aufforderung für die Einschreibung in den Kindergarten wurde in den vergangenen Jahren jeweils einmal im Anzeiger publiziert. Diese Anzeige fand man, wenn man sie suchte, dieses Jahr zwischen dem Angebot des Häckseldienstes und einem Angebot der Volkshochschule auf Seite 3 des Stadtanzeigers. Der Text stand nur in deutscher, französischer und italienischer Sprache. Die Ausschreibung fand nicht einmal eine Woche vor dem Einschreibedatum statt.

Dieses Vorgehen wird den Bedürfnissen der Eltern in der Stadt Bern absolut nicht gerecht. Erstens lesen nicht alle den Stadtanzeiger, zweitens erscheint die Anzeige viel zu spät und drittens werden so die fremdsprachigen Eltern nicht erreicht. Ich bitte deshalb den Gemeinderat in Zukunft, die betroffenen Eltern direkt anzuschreiben. Dies sollte mit den heutigen

Möglichkeiten problemlos möglich sein. Auch in diesem Bereich muss die Verwaltung kundenfreundlicher werden.

Bern, 4. März 1999

Peter Stucki (EVP), Michael Straub, Ueli Stückelberger, Verena Furrer, Sven Baumann, Bernhard Pulver, Ursula Rudin-Vonwil, Michael Burri, Adrian Haas, Annemarie Lehmann, Heinz Rub, Mario Marti, Markus Blatter, Stephan Hügli, Ueli Haudenschild, Katharina Suter, Christoph Müller, Ernst Aebersold

Dringliche Interpellation Blaise Kropf / Nico Lutz (JA!): Armeeaufmarsch in Bern

Ab kommendem Freitag sollen 150 Milizsoldaten 13 Objekte in der Stadt Bern bewachen. Der Bundesrat hat ein entsprechendes Gesuch aus Bern gutgeheissen. Der Versuch, die Situation des kurdischen Volkes militärisch zu klären, hat in der Türkei traurige Tradition. Jetzt nach einer völkerrechtlich höchst bedenklichen Kidnapping-Aktion mit westlicher Beteiligung in Kenia, nun auch in der Schweiz die Armee zur Abwendung von kurdischen Protestaktionen einsetzen zu wollen, zeugt von erschreckend wenig politischer Sensibilität. Sehr erstaunlich ist auch der konkrete Sachverhalt in Bern: Bei ihrer Anfrage haben die Städte Bern und Zürich nicht den Dienstweg über die Kantone eingehalten und ihre Anfragen direkt beim Bund deponiert. In Zürich haben sich die städtische und kantonale Polizeidirektorin, die Kommandanten der Stadt- und Kantonspolizei am vergangenen Dienstag darauf verständigt, auf den Einsatz von Miliztruppen zu verzichten. Einerseits sei "nicht zu verantworten, dass bewaffnete WK-Soldaten nach einer zweitägigen Schnellbleiche mitten in der City patrouillieren", führte die kantonale Polizeidirektorin Rita Fuhrer aus. Andererseits sei es der Polizei durch eine gezielte Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte sehr wohl möglich, auf die aktuelle Lage zu reagieren. Der Berner Polizeidirektor hingegen - oder gar der Gesamtgemeinderat - halten bis heute am Armeeeinsatz in Bern fest.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Gemeinderat:

- Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass für diesen Einsatz kaum ausgebildete Soldaten die Sicherheit in der Stadt Bern vielmehr gefährden als erhöhen und deshalb auf ein Armeeeinsatz zu verzichten ist?
- Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass durch eine Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte in der Stadtpolizei der personelle Engpass überbrückbar ist?
- Wer hat das Gesuch für den Armeeeinsatz in der Stadt Bern gestellt? Der Gesamtgemeinderat oder die Polizeidirektion? Wie stellt sich der Gemeinderat heute zu diesem Gesuch?
- Warum wurde das Gesuch direkt und nicht über den Kanton gestellt? Hat der Kanton Bern keine Hilfe bei der Bewältigung der Zusatzbelastungen in Aussicht gestellt?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Armeeeinsatz soll Ende dieser Woche starten und vier Monate dauern. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse, in dieser brisanten Frage eine klare Position des Gemeinderats zu kennen.

Bern, 4. März 1999

Blaise Kropf / Nico Lutz (JA!), Michael Jordi, Annemarie Sancar, Ursula Hirt, Peter Sigerist, Maria Regli Schmucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Interpellation Fraktion GFL/EVP (Michael Burri, GFL): VIP-Chaos im Eisstadion Allmend: Kleiner Rückblick auf die im Sommer 1998 geschossenen Eigengoals

Vergangene Woche nahm der Gemeinderat der Stadt Bern gegenüber der Öffentlichkeit Stellung zur leidigen Angelegenheit "Kauf der VIP-Tribüne" im Eisstadion Allmend. Die Finanzdirektorin musste dabei eingestehen, dass der Gemeinderat bei seiner "Rettungsaktion" zugunsten des Schlittschuhclubs Bern (SCB) den rechtlichen Aspekten "wohl ein bisschen zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet" habe ("Berner Zeitung" vom 26. Februar 1999). Die Ende vergangenen Jahres mit der Durchführung einer Administrativuntersuchung beauftragte Fürsprecherin und Notarin Dr. Beatrice Gukelberger, hat denn auch die vom Gemeinderat anfangs Juni 1998 vorschnell abgegebene Behauptung, bei der VIP-Tribüne handle es sich um eine Fahrnisbaute bzw. um eine Dienstbarkeit (vgl. Stadtratsprotokoll Nr. 30/1998 S. 725), widerlegt. Gleichzeitig weist Frau Dr. Gukelberger darauf hin, dass die Stadt als Mehrheitsaktionärin an der Berner Ausstellungszentrum AG (BAZ), der einen Vertragspartei des wichtigen Kaufvertrages vom 13. August 1998, auf die Beschlüsse dieser Gesellschaft - und somit auch auf den Entscheid, diesen Vertrag abzuschliessen oder nicht - hätte Einfluss nehmen können, weshalb die Stadt Mühe bekunden dürfte, allfälligen Schadenersatz (gegen wen auch immer) geltend zu machen. Wie des weiteren bekannt wurde, gedenkt der Gemeinderat zwecks Ausleuchtung und Bereinigung der komplexen, undurchsichtigen Beteiligungs- und Nutzungsverhältnisse am Eisstadion Allmend eine sog. Projektorganisation einzusetzen, der Frau Dr. Gukelberger als juristische "Supervisorin" zur Seite stehen wird; diese Organisation soll sämtliche notwendigen Massnahmen ergreifen, die "im Einflussbereich der Stadt liegen" und es ihr ermöglichen, künftige Hilfeleistungen abgestützt "auf einem klaren rechtlichen Fundament" zu erbringen ("Bund" vom 26. Februar 1999).

Diese Erkenntnisse geben Anlass, auch die übrigen von der Finanzdirektorin am 4. Juni 1998 abgegebenen Erklärungen zu hinterfragen, so insbesondere, ob der Gemeinderat tatsächlich in eigener Kompetenz der BAZ ein Darlehen in der Höhe von 2 Mio. Franken gewähren durfte (vgl. hierzu unten, Frage 3 zum Juni 1998).

Wie die Tageszeitungen u.E. richtig kommentierten, handelt es sich vorliegend um ein veritables "juristisches Trümmerfeld". Um das von den teilweise klar überforderten Saniererinnen und Sanierern bei ihren Rettungs-Bemühungen um den SCB angerichtete Chaos an dieser Stelle nicht fortzusetzen, werden die zahlreichen zu stellenden Fragen in chronologischer Reihenfolge der Ereignisse gestellt:

Mai 1998:

1. Wurde der Vorvertrag zwischen BAZ und dem Verein SCB von Ende Mai 1998 ebenfalls notariell verkündet, was - wenn von der (falschen) damaligen Annahme der Parteien und des Gemeinderats ausgegangen wird, bei der VIP-Tribüne handle es sich um eine Fahrnisbaute - an sich erforderlich gewesen wäre (vgl. Art. 216 Abs. 2 OR)?
2. Falls ja: Beteiligte sich die BAZ an den Verkündungskosten, und wie hoch waren diese (resp. die Beteiligung der BAZ daran)? Ist der Gemeinderat bereit, den Verwaltungsrat der BAZ anzuweisen, diese Kosten vom beurkundenden Notar/der beurkundenden Notarin zurückzuverlangen, da diese/r sich diesfalls Arbeit verschafft hat (und dafür bezahlt wurde), zu deren Verrichtung er/sie gar nicht nötig gewesen wäre?

Juni 1998:

1. Gelangte die BAZ, bevor sie vom Gemeinderat für den „Kauf“ der VIP-Tribüne ein Darlehen von 2 Mio Franken erhielt, zunächst an eine Geschäftsbank bzw. machte der Gemeinderat seine Darlehensgewährung von einer derartigen Bedingung abhängig?
2. Nahm der Gemeinderat seinerzeit, vor der Darlehens-Gewährung an die BAZ, eine Schätzung der wirtschaftlichen Erfolgsaussichten des "Unternehmens Kauf VIP-Tribüne durch die BAZ" vor, welche sinnvollerweise in einer Gegenüberstellung des "Kaufpreises" einerseits mit dem (gegenwärtigen) Verkehrswert sowie dem (künftigen) Ertragswert aus dem Eishockey-Betrieb im Allmendstadion (vgl. die in der Stadtrats-Debatte vom 4. Juni

1998 vorgebrachten Argumente: Billettsteuer-Einnahmen, Mietzins-Einnahmen über BAZ und Sportbetriebe Bern AG, allfällige zusätzliche Logiernächte von auswärtigen Teams und Supportern, abzüglich Mehraufwand für SVB, Stadtpolizei etc. bei Matches) andererseits bestanden hätte? Wurden solche Überlegungen schriftlich zu Papier gebracht? - Falls ja, von wem?

3. Ist der Gemeinderat immer noch der Auffassung, dass dieses Darlehen von 2 Mio. Franken durch eine erstklassige Hypothek gesichert ist, woraus seiner Meinung nach seine eigene abschliessende Zuständigkeit (anstelle derjenigen des Stadtrats) resultierte (vgl. hierzu Art. 28 Abs. 2 Ziff 16 der noch geltenden Gemeindeordnung resp. Art. 28 des Gemeindegesetzes von 1973) ? Woraus zieht der Gemeinderat seine Gewissheit, dass die für dieses Darlehen haftenden Hypotheken (auf dem Baurecht Bern-Gbbl. Nr. 3730 der BAZ) genügen - angesichts der Tatsachen, dass die Einwohnergemeinde Bern über die Hälfte am Aktienkapital der BAZ hält und aufgrund der aus der Presse bekannten Schwierigkeiten auch der "Auffanggesellschaft" SCB Eishockey AG (Pfändung von Aktien!) ungewiss ist, ob diese Gesellschaft den der BAZ geschuldeten Untermietzins von Fr. 500 000.00 pro Jahr tatsächlich wird bezahlen können?
4. Ist das Baurecht Bern-Gbbl. Nr. 3730 (Dach der Eisbahn und Ausstellungsgebäude) noch mit weiteren Hypotheken belastet als mit denjenigen, die für das erwähnte Darlehen der EG Bern haften? - Falls ja: Wie hoch sind diese, und gehen sie den Hypotheken fürs erwähnte Darlehen im Range vor oder nach?
5. Welches ist der aktuelle amtliche Wert des Baurechts Bern-Gbbl. Nr. 3730? Wurde(n) in den letzten Jahren (eine) Verkehrswertschätzung(en) dieses Baurechts gemacht? - Falls ja: Wann geschah dies, und welchen Betrag ergab(en) diese Schätzung(en)?
6. Liess der Gemeinderat die (vermutlich erstmals von Seiten der BAZ erhobene) Behauptung, es handle sich bei der VIP-Tribüne um eine Fahrnisbaute, durch juristisch geschulte (Chef-)Beam(t)en überprüfen, oder übernahm er diese Behauptung ohne weiteres, als er gehalten war, dem Stadtrat anfangs Juni 1998 zu diesem Thema eine seriöse Auskunft zu geben und nachdem der erste eingesetzte SCB-Sanierer - ebenfalls ein praktizierender Anwalt - gerade die gegenteilige Ansicht vertreten hatte? (Die seinerzeitige Frage des Interpellanten Luzius Theiler lautete: *"Wie sehen die heutigen Eigentumsverhältnisse an der VIP- Tribüne ganz genau aus?"*)

Juli 1998:

Hat sich der Gemeinderat an der damals durchgeführten Erhöhung des Aktienkapitals der SCB Eishockey AG - wie von ihm in Aussicht genommen - nun im Umfang von Fr. 150 000.00 beteiligt, m.a.W. erachtet(e) er die von ihm anfangs Juni 1998 dem Stadtrat genannten Bedingungen dafür (Lizenzerteilung für die Saison 98/99, Gelingen der Sanierung des SCB, Abschluss einer Abzahlungsvereinbarung für ausstehende Zahlungen) als erfüllt?

August 1998:

1. (Gleiche Frage wie zum Mai 1998): Beteiligte sich die BAZ an den Verurkundungskosten, und wie hoch waren diese (resp. die Beteiligung der BAZ daran)? Ist der Gemeinderat bereit, den Verwaltungsrat der BAZ anzuweisen, diese Kosten vom beurkundenden Notar/der beurkundenden Notarin zurückzuverlangen, da diese/r sich Arbeit verschafft hat (und dafür bezahlt wurde), zu deren Verrichtung er/sie gar nicht nötig gewesen wäre?
2. Zudem: Kam die BAZ für die Handänderungsabgaben, allenfalls (was nicht die Regel, wohl aber denkbar ist) auch für die Grundstücksgewinnsteuer auf? - Falls ja: Besteht die Möglichkeit und die Absicht, diese Steuer(n) vom Kanton zurückzuverlangen?
3. Wieviel hatte die Erstellung der VIP-Tribüne insgesamt gekostet (Planungskosten, Bauleitung, Handwerksunternehmungen, etc.)?
4. Auf wieviel wurde der Verkehrswert der VIP-Tribüne geschätzt bzw. welchen Mehrwert erfährt die der Stadt gehörende Liegenschaft Bern-Gbbl Nr. 3653 (Kunsteisbahn mit Nebenbauten) dadurch? Wer nahm diese Schätzung(en) vor?

Dezember 1998:

1. Welche Tatsache veranlasste den Gemeinderat, auf seine (juristische) Einschätzung der Sachlage vom Sommer 1998 zurückzukommen und eine Administrativuntersuchung einzuleiten?
2. Wieso wurde kein/e juristisch geschulte/r (Chef-)Beamter/-Beamtin in der Stadtverwaltung mit der Durchführung dieser Untersuchung beauftragt?

Februar 1999:

Wieviel betragen die Kosten der von Frau Dr. Gukelberger durchgeführten Administrativuntersuchung? Gedenkt der Gemeinderat, für diese Kosten selbst aufzukommen und/oder sie bei Dritten einzuverlangen (denkbar wären: Verwaltungsratsmitglieder der BAZ, verurkundende/r Notar/in)?

März 1999 und weitere Zukunft:

1. Wann wird der Gemeinderat die erwähnte Projektorganisation für die Koordination aller Massnahmen, die im Zusammenhang mit dem SCB bzw. dem Eisstadion Allmend stehen und "im Einflussbereich der Stadt liegen", einsetzen? Wer wird ihr, ausser Frau Dr. Gukelberger als juristische "Supervisorin", angehören?
2. Aus welchem Konto werden die Kosten dieser Projektorganisation finanziert? Auf wieviel werden sie sich (inkl. diejenigen der juristischen Supervisorin) voraussichtlich belaufen bzw. gibt es hierfür ein Kostendach, und wie hoch ist dieses? (Es soll hier nicht darum gehen, die Höhe des Stundenansatzes von freiberuflich tätigen Anwälten zu hinterfragen, sondern die Gründe, welche diese Projektorganisation überhaupt notwendig machen - insbesondere diejenigen, die zu vermeiden wohl ebenfalls "im Einflussbereich der Stadt" gelegen hätten).
3. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, diese Kosten durch jemand anderen als die Steuerzahlenden der Stadt tragen zu lassen?

Bern, 4. März 1999

Fraktion GFL/EVP (Michael Burri, GFL), Ueli Stückelberger, Ursula Rudin-Vonwil, Peter Stucki, Michael Straub, Bernhard Pulver, Sven Baumann, Verena Furrer

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Der Protokollführer: *Stefan Müller*